Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 64 (1985)
Heft: 6

Artikel: Für einen Kurswechsel bei Sozialdemokraten und Gewerkschaften : Keynes darf nicht Schicksal werden!
Autor: Hartmann, Horst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340257

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

fristig anzustreben sind, sondern heute angegangen werden müssen.

1. Sicherung des materiellen Grundbedarfs unabhängig von der Arbeit

Die deutsche CDU diskutiert parteiintern die Frage einer Grundrente an alle Bürgerinnen und Bürger. England braucht einen wesentlichen Teil der Ölgelder, um die Existenz der Arbeitslosen einigermassen zu sichern. Wenn die Wirtschaft immer mehr Leute von der Lohnarbeit fernhält und eine immer höhere Produktivität erreicht, dann kann die Existenzsicherung nicht mehr über den Lohn erfolgen. Lohnarbeit haben oder nicht haben darf nicht mehr gleichgestellt werden mit gut verdienen bzw. kurze Zeit Versicherungsleistungen beanspruchen können und nachher Sozialhilfe bekommen, wenn es gut geht. Lohnarbeit soll Zusatzeinkommen bedeuten, die existenzielle Sicherung aber soll z.B. durch eine Grundrente für jedermann erfolgen. Dass ein solches System gut durchdacht und sorgfältig aufgebaut werden muss, liegt auf der Hand. Dass es nur Schritt für Schritt verwirklicht werden kann – nämlich im Gleichschritt mit dem zunehmenden Ausschluss von immer mehr Menschen von der Lohnarbeit – ist ebenso klar. Aber wir sollten uns darüber heute Gedanken machen und nicht erst, wenn unsere Vorschläge schon vorliegen sollten.

2. Finanzielle Sicherung der Sozialwerke

Unmittelbar aktuell ist die Gefährdung der finanziellen Grundlage der Sozialwerke, insbesondere der AHV. Bürgerliche Politiker und Unternehmensvertreter sprechen von der Nicht-mehr-Finanzierbarkeit der AHV. Und sie haben, geht man von dem gegenwärtigen Finanzierungssystem aus, nicht unrecht. In den 90er Jahren wird das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentnern von heute 3,6:1 auf 3:1 schrumpfen.
Wenn immer weniger Leute Lohnarbeit verrichten können, stagnieren die Gelder aus den Lohnprozenten oder gehen zurück. SP und Gewerkschaften sollten diese Entwicklungen ernst, sehr ernst nehmen. Aber nicht die Reduktion der Sozialleistungen ist die Lösung, sondern die Anpassung der Finanzierungsart, weg von den grösstenteils durch Lohnprozente gewährleisteten Finanzierung. Oder soll in einer Volkswirtschaft mit immer höherer Produktivität, mit massiven Gewinnzunahmen (vgl. dazu die jüngst erschienen Studie der Bank Vontobel) die Finanzierung der Sozialwerke nicht mehr möglich sein?

Für Gewerkschaften und SP scheint mir ein Neuüberdenken des Stellenwerts der Arbeit sowohl ideell wie von der materiellen Seite her wichtig. Wir müssen erkennen, dass Lohnarbeit im heutigen Sinn in mancher Hinsicht (Umwelt, Geist und Moral der Menschen) ein stark zerstörerische Komponente in sich hat. Die Machtverhältnisse – die sozialistisch regierten Demokratien geben uns wie gesagt eindrücklichen Anschauungsunterricht – sind eindeutig.
Mit den vorangehenden Überlegungen versuche ich Anregungen in eine Richtung zu geben, die uns frei machen würde von der Fixiertheit auf Arbeit und Wirtschaft. Denn: die Lohnarbeitszeit wird so oder so zurückgehen, dafür brauchen wir unsere Kräfte nicht zu verbrauchen. Was aber in der freiwerdenden Zeit geschieht und dass etwas geschehen kann, dafür sollten wir uns einsetzen.

Für einen Kurswechsel bei Sozialdemokraten und Gewerkschaftern

Keynes darf nicht Schicksal werden!

Horst Hartmann berichtet über eine Analyse von Jürgen Hoffmann

Wie kaum ein zweiter Theoretiker hat John Maynard Keynes die Volkswirtschaftslehre der Nachkriegszeit beeinflusst. Vor allem sein Konzept über den Einsatz konjunkturpolitischer Mittel zur Erreichung von Vollbeschäftigung liess den überzeugten Liberalen auch für die Sozialdemokratie als Wegweiser erscheinen. Der Hamburger Professor Jürgen Hoffmann hat an einer SPD-Fachtagung den Einfluss von Keynes auf die Wirtschaftspolitik von SPD und DGB zum Anlass für eine nüchterne Analyse genommen. Hoffmann sieht im Ziel von Keynes, das Ideal einer freien Wirtschaft zu erhalten, kein Leitbild mehr für die Zukunft.
Keynes' Klassenkompromiss bot der SPD in den Jahren des Wirtschaftswachstums eine the-

oretische Grundlage für eine erfolgreiche Politik, mit der die demokratische Struktur der Gesellschaft verbessert und der Lebensstandard aller Arbeitnehmer gewaltig angehoben werden konnte. Hoffmann erinnert zunächst an die Entwicklung bis etwa 1965, als die Arbeitslosigkeit bedeutungslos geworden war und das Realeinkommen rasch anstieg. Mit der Prosperität des Kapitals schien auch das Wohl der Arbeiterschaft endgültig gesichert, obwohl frühere Theorien und Erfahrungen gegenteilige Auffassungen erhärtet hatten.

Der gesellschaftliche Konsens mit hohen Profiten, steigender Arbeitsproduktivität, Löhnen und entsprechendem Steueraufkommen ermöglichte dem Staat eine grosszügige Sozialpolitik. Konflikte beschränkten sich auf Anteile am Wirtschaftswachstum. Klassengegensätze schwanden weitgehend aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit. Die SPD hatte sich unter dem Zeichen des Godesberger Programms zu einer «reformkapitalistischen linken Volkspartei» gewandelt, was durchaus den Lebenserfahrungen ihrer Mitglieder und Wähler entsprach. Das Selbstverständnis der Partei ähnelte - so Hoffmann - den Auffassungen des ADGB in der Weimarer Republik.

Damals vertrat vor allem Hugo Sinzheimer die Auffassung von den gemeinsamen und entgegengesetzten Klasseninteressen zwischen Kapital und Arbeit, den zu bewältigenden Produktionsaufgaben einerseits und der Verteilung des Sozialprodukts andererseits. Die vom Wachstum abhängige Wirtschaftspolitik schloss aber das Risiko von Krisen und Konjunkturschwankungen ein. Um derartige Rückschläge zu vermeiden, fiel nach Auffassung von SPD und Gewerkschaften dem Staat eine steuernde Aufgabe in der Konjunkturpolitik zu.

Statt einer Veränderung der Einkommensverhältnisse und der Neuverteilung von Anteilen am Nettosozialprodukt sollte das Einkommen aller bei gleichbleibenden Anteilen erhöht werden. Karl Schiller, Exponent dieser Auffassung, sprach 1968 davon, es gehe darum, «das reale Einkommen eines jeden und jeder Gruppe (zu) steigern, ohne irgend jemandem etwas wegzunehmen». Dazu Jürgen Hoffmann: «Der antagonistische Widerspruch von Lohn und Profit ist so aufgelöst in das Nebeneinander der Einkommensformen der vielen Gruppen.»

Da der Bürgerblock die erste Wirtschaftskrise von 1966/67 nicht lösen konnte, zumal er jede Intervention des Staates in der Wirtschaft ablehnte, war die Stunde für eine Wachablösung in Bonn gekommen. Die SPD bot ein glaubwürdiges Rezept, nämlich eine Regulierung der Nachfrageströme zur Sicherung der Profite, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen sowie gezielte Massnahmen auf den Sektoren Bildung, Verkehr und Wohnungsbau. Mit Hilfe der «konzertierten Aktion» sollten die Gewerkschaften neben Staat und Arbeitgeber an Einfluss an der Gesamtentwicklung gewinnen.

Die innere Problematik und Widersprüchlichkeit dieser Wirtschaftspolitik sieht Hoffmann darin, dass eine materielle Befriedigung eines möglichst breiten Kreises der Bevölkerung nur mittels einer «kapital- bzw. akkumulationsfunktionalen Politik» angestrebt wurde. Ermöglicht worden ist sie durch eine unerfreuliche Tendenz zur Zentralisierung der Staatsbürokratie. Konjunkturpolitische Entscheidungen verlagerten sich von der Ebene des Parlaments auf die Exekutive. Problematisch erwies sich diese Politik auf Grund schwerwiegender Ereignisse, als sich nämlich zeigte, dass die Konjunktur mit hohem Beschäftigungsgrad und Preisstabilität nicht zu halten war. Inflationäre Tendenzen wie der Ölschock waren erste Alarmzeichen. Zu den tieferen Ursachen eines Scheiterns der staatlichen Konsenssicherung zählte das Verhalten der Unternehmer, mit Hilfe von Preis- und Produktivitätserhöhungen die Lohn-Gewinn-Spirale zu ihren Gunsten zu verändern. In der Phase des Abschwungs, etwa ab 1973, zeigte sich bei sinkenden Steuereinnahmen eine wachsende Belastung des Staatshaushaltes. Die Folge war ein Anstieg der öffentlichen Verschuldung, trotz Kürzungen im Bildungs-und Gesundheitsbereich.

Der zerbrochene Klassenkompromiss

Hoffmann sieht darin ein grundsätzliches Problem, nämlich die Schwierigkeit, eine staatliche Regulierung ökonomischer und gesellschaftlicher Konflikte in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung durchzusetzen, wenn man die Struktur selbst nicht anzutasten wagt. Für das Ende der sozialliberalen Koalition nennt Hoffmann daher tiefliegende Gründe. Nicht der politische Bruch des Kapitals mit Hilfe der FDP gegenüber der SPD führte zur «Wende», sondern das Zerbrechen des bisherigen «Klassenkompromisses». Die Prosperität des Kapitals konnte nicht länger gleichzeitig «als Hebel zur Lösung der mit der Arbeitslosigkeit entstehenden sozialen Krise» dienen.

1976 begann eine Umverteilung zugunsten der Unternehmer. Trotzdem konnte sich die SPD bei den Wahlen als Regierungspartei behaupten, weil von der sich verschlechternden Konjunktur die breite Facharbeiterschicht noch nicht getroffen wurde, im Gegensatz zu Randgruppen wie ungelernten Arbeitern, Jugendlichen und Frauen.

Ausserdem kam es zu individuellen Reaktionen auf Kurzarbeit, Entlassungen und Betriebsstillegungen, die nicht als systembedingt, sondern als Schicksalsschläge hingenommen wurden.
In einer Modernisierungspolitik durch Subventionen für Investitionen erhoffte man sich Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt und ein Ende der Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig kam es zu einschneidenden Kürzungen der Ausgaben im Sozialbereich sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen durch die SPD/FDP-Koalition, um die Steuer- und Zinsbelastungen der Unternehmen zu erleichtern. Die Reformpolitik wandte sich damit gegen jene, denen sie zugute kommen sollte. Produktionserhöhungen durch neue Technologien führten zusätzlich zum Verlust zahlreicher Arbeitsplätze und erreichten auch sozialdemokratische Stammwähler.

Die Seifenblase

Die optimistische Formel «Mehr Gewinne, mehr Arbeitsplätze» erwies sich bereits Ende der 70er Jahre als Seifenblase. Die Realität zeigte genau das Gegenteil: Mit einer Zunahme der Gewinne durch Rationalisierungsmassnahmen sank die Zahl der Arbeitsplätze. Das Ziel Wirtschaftswachstum erwies sich für die SPD als Regierungspartei als unerreichbar. Der Gerechtigkeit halber muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass erst unter einer CDU/FDP-Koalition ein Ausverkauf von Sozialleistungen begann, der als denkbar schärfste Kampfansage der Reichen an die Armen zu bewerten ist.
Die SPD muss sich heute als Oppositionspartei damit abfinden, das sie einen Teil ihrer Anhängerschaft bereits als Regierungspartei an die Grünen und Alternativen verloren hat. Trotzdem sieht Jürgen Hoffmann Ansatzpunkte für eine Neuorientierung. Voraussetzung ist allerdings die nüchterne Erkenntnis, dass der von ihm als «masslos» bezeichnete kapitalistische Akkumulationsprozess richtig eingeschätzt wird. Er findet im Profit seinen Selbstzweck, ohne Rücksicht auf die Lebens- und Arbeitsbedürfnisse des Menschen.
Deshalb muss der Aspekt des Gebrauchswertes jeder Produktion in Zukunft stärker zur Diskussion gestellt werden als bisher. Das bedeutet allerdings auch Widerstand gegen arbeitsplatzvernichtende und den Frieden gefährdene Rüstungsgüter, deren Herstellung bislang unter den Begriff des «gemeinsamen Produktionsprozesses» von Kapital und Arbeit fielen. Ausserdem muss die bisherige Gewerkschaftspolitik, soweit sie ausschliesslich auf «monetäre» Kompensation für erhöhte Arbeitsbelastung ausgerichtet war, revidiert werden.
Immer mehr Gewerkschafter erkennen, dass monetäre Entlohnungen den Verlust, sich in der Freizeit auf Grund der Umweltzerstörung nicht mehr generieren zu können, immer weniger aufwiegen. Hoffmann hält es für den entscheidenen Fehler der Linken, die gegenwärtige Krise nicht als logische Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems analysiert zu haben. Er bleibt auch skeptisch, ob sich eine derartige Lagebeurteilung in der SPD durchsetzt. Seiner Überzeugung nach bedarf die Auffassung von einer Autonomie der Unternehmen einer Revision.
«Eine Mehrheitschance hat . . . die Sozialdemokratie, sofern sie nur an der Verteidigung . . . sozialer Kompromisslinien . . . festhält, nicht.» Ein Neuanfang kann nur in einer systemüberwindenden Reformpolitik liegen, in der gesellschaftliche Strukturen nicht tabuisiert, sondern verändert werden. Hoffmann bezweifelt, ob das klassische Wählerpotential der Industriearbeiterschaft ausreicht, um die Macht zurückzugewinnen: «Eine sozialdemokratische Politik, die ihre historische Perspektive nur noch in der Modernisierung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses zu sehen vermag, vergibt sich die Möglichkeit, einen neuen gesellschaftlichen Konsens gegen Kapitalinteressen und konservative Parteien neu zu begründen.»

Zukunft ohne Arbeit – Arbeit ohne Zukunft?

Vor etwas mehr als einem Jahr hatten die Basler das Vergnügen, im Zusammenhang mit einer thematischen Woche der Kulturwerkstatt Kaserne sich zur «Zukunft ohne Arbeit – Arbeit ohne Zukunft» Gedanken zu machen. Zu dieser Woche hat Maya Berger eine immer noch oder erst recht lesenswerte und aktuelle Broschüre mit dem gleichen Titel zusammengestellt, welche nun schon in der 2. Auflage erschienen ist.
Was ist es denn, was uns die Arbeit so unentbehrlich macht – man denke an die Workoholics, die Arbeitssüchtigen – und lässt sie uns im gleichen Atemzug Verdammen? Was ist denn eigentlich dran an dieser Arbeit? Schreibt doch schon Karl Marx von der Selbstentfremdung im Produktionsprozess, davon, dass das «Reich der Freiheit» nur ausserhalb der materiellen Produktion liegen kann. Und die Berichte von den Arbeitsplätzen sind auch nicht eitel Sonnenschein: So sagt eine Verkäuferin: «Bei der Arbeit selbst kommt man sich vor wie ein Affe im Käfig . . . Da ist irgend etwas von einem weggenommen.» Und ein Arbeiter meint: «Gut,